

**Die Kriegsgewinnsteuer.**

† Düsseldorf, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Rheinland-Westfalens hielt heute gemeinsam mit der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen eine Sitzung ab zur Beratung über die Frage der Kriegsgewinnsteuer. Landtagsabg. Dr. Bäumler verwies in einem eingehenden Vortrag darauf, daß das Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne nicht zu trennen sei von der neuen Einkommenssteuervorlage in Preußen. Selbstverständlich sei auch die Industrie bereit, alles zu tragen, was Reich und Staat wirklich nötig hätten, aber unter Umständen finde eine Häufung auf die einzelnen Steuerträger statt, die eine Ueberspannung darstellt und die die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege, die Deckung des Rohstoffbedarfs, die Wiederaufnahme der Ausfuhr usw. aufs schärfste gefährden könne. Eingehend sei daher zu prüfen, ob für Preußen im jetzigen Augenblick überhaupt eine ernste Notwendigkeit für eine derartige Steuererhöhung vorliege und ob beide Steuern ohne jegliche Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung erträglich sein würden. Zu diesem Zwecke sei eine tunlichst baldige Veröffentlichung des Gesetzentwurfes über die Einzelgestaltung der Kriegsgewinnsteuer notwendig. — Es wurde beschlossen, der am 28. ds. stattfindenden Sitzung der Steuerkommission des Kriegsausschusses der deutschen Industrie die Stellung der westdeutschen Industrie durch einen Referenten in diesem Sinne darlegen zu lassen.